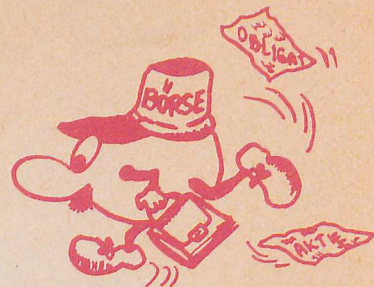


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

Sommersemester 1978

Nr. 2 Anfang April

Am kommenden Dienstag, den 11. 4. findet eine Diskussion über die aktuelle Lage im Nahen Osten (Friedensinitiative einerseits, Stockung der Friedensverhandlungen andererseits, etc.) vor dem Hintergrund der Geschichte der jüdisch-arabischen Auseinandersetzungen statt.

Es wurde von uns sowohl ein jüdischer als auch ein palästinensischer Referent eingeladen, was eine interessante Diskussion erwarten läßt. Die Veranstaltung findet im Hinterzimmer des Café Votiv statt. Beginn 20 Uhr.

DIENSTAG 20 UHR CAFÉ VOTIV HINTERZIMMER

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger und für den Inhalt verantwortlich: Kurt Langbein, 1100 Wien, Weigandhof 5

Der "rote Börsenkrach"-

Ökonomisch betrachtet

In seiner Einführungsveranstaltung hat Professor Streißler den Studenten nicht nur theoretisch Einblick in die Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft gegeben, er hat sie auch ihre Auswirkungen am eigenen Leib verspüren lassen: Das Skriptum zur Vorlesung hat er unter dem Verzicht auf sagenhaft hohe Opportunitätskosten um 20.- für den ersten Teil zur Verfügung gestellt. Allerdings mußte man pro Exemplar eines Skriptums auch die Institutskarte erwerben, egal ob man dort jemals lesen wird oder nicht.

Macht insgesamt - 50 Schilling. Dafür gibt's gratis eine wertvolle Erfahrung für den Volkswirt:

"Die Hypothese eines Groll-Effektes wird durch die weit verbreitete Ansicht unterstrichen, daß versteckte Steuern weniger schädlich sind als offene; daß die Verwendung einer großen Anzahl verschiedener Steuern erwünscht sei, weil solche Steuern weniger stark in Erscheinung treten als eine umfassende Einzelsteuer" (Musgrave, Finanztheorie, S. 192, Hvh.v.u.)

- Na, wenn das nicht 30 Schilling wert ist !

In der gleichen Vorlesung kam er übrigens auf die Kritik zu sprechen, die in der letzten Nummer des RBK an seiner Vorlesung geübt wurde und die in einer der nächsten Nummern fortgesetzt wird. Dabei ist ihm nicht nur eine originelle Immunisierungsvariante eingefallen. (Er fand die Kritik angeblich so gut, daß er das Angebot machte, sie hinten an sein Skriptum anzufügen - was die Autoren dankend ablehnen, weil sie keine kritische Ergänzung des Ökonomengeschäfts liefern, sondern dessen Kritik).

Er hat auch ein Wort über die Zeitung verloren, in der sie abgedruckt ist.

Am Börsenkrach stört ihn, daß er umsonst verteilt wird, also das ist, was die Ökonomen ein freies Gut nennen. Da der Börsenkrach in Gegensatz zu "Sonnenschein in den Tropen" (das könnte im Streißler-Skriptum, aus dem man ja bekanntlich nicht zitieren darf, als Beispiel angeführt sein) von Menschen

mit Kosten PRODUZIERT wird, liegt der Schluß nahe, daß diese Menschen meschugge sind, da sie ja am Bedarf vorbeiproduzieren. Es ergibt sich aus seiner Rechnung ganz zwanglos, nicht nur daß 'marxistische Zeitschriften' die keinen Preis haben nichts wert sind (was die "Damen und Herren Juristen" in der Vorlesung, die das eh schon immer wußten, als besonders gutes Bonmot freudig beklatschten), sondern auch daß Linke besonders dumme "Wirtschaftssubjekte" sind, weil sie trotzdem und ganz schön hartnäckig ihr Zeug produzieren, wozu ganz zwanglos die Vorstellung von dunklen Geldquellen sich gesellt.

Aber wenn man seinen Streißler gut gelernt hat, dann weiß man, daß das ja bloß ein subjektiver Erklärungseinfall ist, ein ökonomisches Modell, mit dem Streißler der unendlich komplexen Wirklichkeit des Börsenkrach zu Leibe rücken will. Wir, d.h. die Autoren der Streißler-Kritik, wollen im folgenden ein anders Modell skizzieren, einen Erklärungseinfall, der der Meinung namhafter Wissenschaftler nach besser tauglich ist, um zum Verständnis marxistischer Zeitschriften zu gelangen:

ALTERNATIV - MODELL (Im Skriptum unter der Dezimalklassifikation 1.2.5.2.1. einzufügen!)

Wenn man die Beziehungen der Menschen zum Beispiel in Tauschwert und Gebrauchswertbeziehungen einteilt, hat man wesentlich bessere Kriterien für ... (siehe RBK Nr. 3, SS 88). Während die Produktion in Tauschwertverhältnissen hinter dem Rücken der Beteiligten abläuft, und die Gesellschaftlichkeit des ganzen von allen abgetrennt im Geld existiert, zu dessen Erwerb jeder dem anderen und auch die Produktion von Gütern bloßes Mittel ist, ist die Produktion des Börsenkrachs wegen seines Gebrauchswerts Selbstzweck, d.h. aufs Geld kommts nur an, insofern es die Voraussetzung der ganzen Chose ist. Ob der Börsenkrach erscheint oder nicht, was drinsteht usw. entscheidet der Börsenkrach und nicht der Markt. Es handelt sich also um gesellschaftliche Produktion, die bewußt bestimmt wird, obgleich sie sich mitten im Kapitalismus abspielt. Aber wo soll das andere Leben anfangen, wenn nicht - embryonal versteht sich - hier und jetzt ..?

Das ist natürlich auch ein etwas vereinfachtes Modell, das seine Mucken hat, aber auf Wissenschaft kommt es laut Streißler sowieso nicht mehr an: Hauptsache, ein jeder macht die

"Aspekte" geltend, die er an den Sachen beachtet sehen will, um sein Zeug danach den anderen Leuten aufzuquatschen. Damit fährt man doch ganz gut in der Demokratie - zumindest, solange man den "Sachzwang" auf seiner Seite hat, der die Unverbindlichkeit der Meinung so trefflich ergänzt!

Da könnten einem als Studenten aber leise Bedenken kommen...

=====

Studenten, die diese Bedenken haben, werden aufgefordert, sie zu artikulieren. Ort und Zeit dazu werden in Anschluß an den nächsten Teil der Streißler-Kritik bekanntgemacht

=====

Ein Hinweis: der Rote Börsenkrach sieht sich derzeit einem finanziellen Engpaß gegenüber; da unsere Zeitung aber ausschließlich aus Spenden finanziert wird, sehen wir uns veranlaßt, in nächster Zeit eine Spendensammlung in Szene zu setzen. Alle Sympathisanten und Gönner des ROTEN BÖRSENKRACHS werden gebeten, sich bereits jetzt seelisch darauf vorzubereiten.

Am Treffpunkt jeden Dienstag um 20 h im Cafe Motiv hat sich aber trotz allem nichts geändert.

Ihr seid wie immer herzlich eingeladen, mitzumachen!

ÖSU VOR DER SPALTUNG ? =====

Die sich in der Öffentlichkeit immer so demokratisch gebärende ÖSU scheint innerorganisatorisch in absolutistischen Zuständen steckengeblieben zu sein. Denn nicht etwa eine gesamtösterr. ÖSU-Vollversammlung, ja nicht einmal der 6-köpfige ÖSU-Vorstand, nein, seine Majestät der ÖSU-Präsident himself, ist in der Lage, ganze Sektionen der ÖSU auszuschließen. So geschehen Ende Jänner, als ÖSU-Präsident Schön die Sektionen Linz und Salzburg ausschloß. Der Stein des Anstoßes war u. a. ein Programmpapier der Linzer ÖSU.

Die den darauffolgenden Donnerstag zusammengetretene Generalversammlung schien die Wogen geglättet, den Ausschluß zurückgenommen und eine ÖSU-interne Ideologiediskussion ohne das Damoklesschwert von Ausschlüssen eingeleitet zu haben. Doch tags darauf verlautete Schön, daß er die Ausschlüsse keineswegs zurückgenommen habe, während 4 der 6 Vorstandsmitglieder mittels einer Presseaussendung erklärten, daß die Haltung Schön's zu den ÖSU-Gruppen in Linz und Salzburg eine private Meinungsänderung Schön's darstelle.

Das Chaos war perfekt. Warum jedoch kommt es in regelmäßigen Abständen (das letzte mal 1974/75) zu diesen schweren Fraktionsauseinandersetzungen in der von der ÖVP in Millionenhöhe finanzierten ÖSU?

Die ÖSU hatte sich vor den letzten ÖH-Wahlen gerade noch rechtzeitig von der vorangegangenen schweren Krise erholt. Der sich in der ÖSU ständig wiederholende Konflikt, zwischen liberalen Reformtechnokraten einerseits und den erzkonservativen CVern andererseits hatte vor der ÖH-Wahl 1975 zur Abspaltung der DSU (Demokratische Studentenunion) geführt, die heute nur noch in Graz von Bedeutung ist. Vor den letzten Wahlen im Jahr 1977 konnte sich die ÖSU wieder als einheitlicher Block präsentieren.

Doch die Einheit war nur eine scheinbare. Unmittelbar nach den Wahlen ging das Gerangel um den Posten des Zentralaus-
schußvorsitzenden los. Der vormalige Vorsitzende - der ÖVP
Sprüßling Karasek - und die ganze konservative CV-Riege
des Wiener Hauptausschusses - mit dem Sohn des ÖVP-Bauern-
bund- Brandstätters an der Spitze - wollten den jetzigen
ÖSu-Präsidenten Schön auf den Posten des ZA-Vorsitzenden
hieven.

Der große Wahlerfolg des Spitzenkandidaten Pesendorfer
(2/3 Mehrheit auf der Technik) ließ dieses Unterfangen
von Brandstätter & Co. scheitern. In weiterer Folge
spitzte sich der unter der Oberfläche schwelende, nur
scheinbar persönliche Konflikt zwischen Schön und Pesen-
dorfer zu. Denn Pesendorfer einerseits und Schön bzw.
Brandstätter andererseits repräsentieren nur bestimmte
politische Richtungen innerhalb der ÖSU.

Die zwei politischen Grundströmungen innerhalb der ÖSU
lassen sich am besten anhand der Tätigkeit des liberalen
Zentralaussschusses und des rechten Wiener Hauptausschusses
charakterisieren. Während sich der ZA für die integrierte
Gesamtschule ausspricht, marschiert der HA der Uni Wien
gemeinsam mit der JES stramm auf ÖVP-Linie und lehnt die
integrierte Gesamtschule ab. Während der ZA eine Veran-
staltungsreihe in allen österr. Hochschulstädten zur
politischen Unterdrückung in der BRD (Berufsverbote ETC.)
beschließt, lehnt der Hauptausschuß in Wien einen Antrag
ab, der aus Anlaß des 40. Jahrestages der Besetzung
Österreichs durch Hitlerdeutschland, eine Aufklärungsver-
anstaltung zu diesem Thema vorsieht. Während der ZA Reform-
vorschläge zur Novellierung des Allg. Hochschulstudien-
gesetzes erarbeitet, "kämpft" der HA der Uni Wien für ver-
billigte Eintrittspreise bei Fußballspielen. Während es
der Wiener Hauptausschuß ablehnt, anläßlich des 40. Jahres-
tages der Besetzung Österreichs Autobusse für eine Stern-
fahrt nach Mauthausen zu organisieren, führen nicht nur
der Zentralaussschuß in Zusammenarbeit mit unserer FV Sowi,
sondern auch alle anderen österr. Hauptausschüsse solche Stern-
fahrten durch.

Es ist sicherlich falsch, wenn die österr. Presse die liberale Hälfte der ÖSU als Linke bezeichnet. Auch die sog. Liberalen in der ÖSU bleiben ÖSULER, d.h. sie betreiben im wesentlichen bürgerliche Standespolitik, die keinen Unterschied macht, zwischen reaktionären und fortschrittlichen Studenteninteressen, die versucht, Reformprojekte durch bloßes Verhandlungsgeschick mit der Ministerial- und Unibürokratie durchzusetzen, anstatt die Studenten in Kämpfen zu mobilisieren. Sie begehen einen typischen "Fehler" des Liberalismus, der meint, durch bloße Aufklärung und bessere Information ließe sich das Bewußtsein der jeweiligen betroffenen verändern, während doch Lernprozeß großteils nur in kämpferischer Selbstorganisation der Betroffenen, zur Durchsetzung ihrer Interessen möglich sind.

Die Politik der liberalen ÖSULER ist mehr von einem zwar aufrichtigen, ehrlichen und integren Willen gekennzeichnet, denn von einer realistischen Einschätzung der kapitalistischen Gesellschaft und der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse. Es hat keinen Sinn, in verbalen Kraftakten z. b. die räumliche Situation der Universitäten, die zu geringen Lehraufträge, kurz, die finanziellen Restriktionen im Bildungswesen anzugreifen, wenn nicht gleichzeitig die kapitalistische Wirtschaftskrise als Ursache dieser finanziellen Restriktionen erkannt und genannt wird.

Doch das fehlende Verständnis über die Durchsetzungsmöglichkeiten durchaus positiv gemeinter Reformprojekte (z.b. Studienreformen) und die fehlende Einsicht in die Ursachen der gegenwärtigen Krise des Bildungswesens, hindern diese Fraktion der ÖSU nicht daran, teilweise fortschrittlichen Initiativen (Russel Tribunal, etc) zuzustimmen.

Daß dieser Kurs der ÖVP ein Dorn im Auge ist, ist klar. Sie will ihr Geld - mit dem die ÖSU finanziert ist - in ihrem Interesse angelegt wissen und dazu gehört das zwar folgenlose aber laute Bellen gegen das sozialistische Wissenschaftsministerium, doch nicht etwa eine Aufklärungsveranstaltung über politische Unterdrückung in der BRD,

die ja hauptsächlich von der CDU/CSU (aber auch von nicht unbeträchtlichen Teilen der SPD) getragen wird.

Die rechte Fraktion um den eifrig eine ÖVP-Karriere anstrebenden Brandstätter und den ÖSU-Präsidenten Schön stellt in diesem Zusammenhang den verlängerten (organisatorisch und persönlich) Arm der ÖVP dar. Die ÖVP sieht den Rahmen, den eine Studentenorganisation, die von ihr finanziert und unterstützt ist, einzuhalten hat, in letzter Zeit zu oft überschritten. Auf der anderen Seite ist es der liberalen Hälfte der Ösu unmöglich, auf ÖVP-Kurs einzuschwenken und gleichzeitig sich ein fortschrittliches Image zu geben, sich als Gruppe zu präsentieren, die den Studenteninteressen zur Durchsetzung verhilft.

Deswegen sollen Brandstätter & Co. die ÖSU wieder auf den rechten Kurs bringen.

=====

DONNERSTAG 13. 4. 78 18.30 Uhr HS 31
Vorbesprechung zum Proseminar aus Wirtschaftspolitik von Doz. Georg Winckler. Themenstellung: Nationale Finanzsysteme im Vergleich (USA, UDSSR, etc.) Er bittet um zahlreiches Erscheinen.

=====

Für alle, die vor der Diplomprüfung im Öffentlichen Recht stehen, empfehlen wir den Besuch des Repetitoriums von Dr. Inge Schwarz. Es hat sich gezeigt, daß der Besuch dieses Repetitoriums eine nützliche Vorbereitung auf die Diplomprüfung ist.

Donnerstag 10 - 13 Uhr Sitzungssaal
Freitag 13 - 15 Uhr HS 29

=====

Veranstaltung der Frauengruppe Medizin über Verhütungsmittel und Sexualität

Zeit: Mittwoch 12. 4. 20 UHR NIG HS 3

DER STREIK IM DRUCKGEWERBE IN DER BRD

Es gibt selten Streiks, die soviel Aufsehen erregen, wie der Druckerstreik in der BRD. Nicht zu Unrecht. Denn ob ein paar Prozent mehr oder weniger Lohn bezahlt werden, ist für alle Beteiligten nicht so wichtig. Ob ein paar Arbeitsplätze erhalten bleiben, oder nicht, ist für die Betroffenen zwar sehr wichtig, aber hat selten gesellschaftliche Bedeutung.

Im Falle der Druckereien in der BRD ging es um viel mehr: Dürfen die Unternehmer mit ihren Investitionen technische Veränderungen durchführen, ohne auch nur mit den Arbeitern gesprochen zu haben? Wem steht das Recht auf technische Erneuerung zu?

In einer kapitalistischen Gesellschaft betrachten die Unternehmer das als ihr Recht. Niemand bestreitet in der Bundesrepublik heute der Gewerkschaft das Recht für höhere Löhne zu sorgen, aber es wird der Gewerkschaft das Recht bestritten, in die Investitionsentscheidungen der Unternehmer einzugreifen. Um die Gewerkschaft zu denunzieren, wird ihr Fortschrittsfeindlichkeit vorgeworfen, die Errichtung von Privilegien für eine kleine Gruppe, usw. Die Unternehmer sind es, die sich als die Freunde des Fortschritts entpuppen. Die Arbeiter und die Gewerkschaften fragen aber, was denn das für ein Fortschritt sei. Ganze Berufsgruppen sollen verschwinden; und das in einer Zeit, in der es über eine Million Arbeitslose gibt. Gepriesen wird das alles unter dem notwendigen Anpassungsprozeß an die technischen Gegebenheiten, dem sich eben alle zu fügen haben. - Nur die einen verlieren ihre Arbeit, während die anderen ihre Gewinne erhöhen.

Daher bedeutete dieser Streik einen Angriff auf eine zentrale Freiheit der Unternehmer. Denn wenn die Unternehmer nicht mehr investieren dürfen, wie es ihnen beliebt, wenn die Unternehmer nicht mehr Arbeiter auf die Straße setzen dürfen, wie sie es im Namen der technischen Notwendigkeiten für gut erachten, dann ist ihnen ein kleines Stück Macht genommen worden: Sie mußten anerkennen, daß nicht sie allein über den technischen Fortschritt entscheiden.

Aber auch für die Gewerkschaft treten damit neue Probleme auf: Waren die Gewerkschaften bisher damit beschäftigt, nach den In-

vestitionsentscheidungen der Unternehmer das Beste für die Arbeiter herauszuholen, so haben sie sich jetzt dazu bekannt, daß Investitionen langfristig geplant werden müssen. Nicht daß die IG Druck so gerne von Sozialismus, Planwirtschaft oder Ähnlichem redet, aber die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zwingt zu einer langfristigen Planung.

Die Methode, das zu erreichen entsprang dieser dringenden Notwendigkeit: Nicht parlamentarische Verfahren über Mitbestimmung, die dann jahrelang durch die Gerichte geschleppt werden, sondern der nicht beim Namen genannte Klassenkampf haben den Arbeitern teilweise einen Sieg gebracht. Auch wenn der Beruf des Setzers langsam aussterben wird, so konnten doch für die derzeitigen Setzer soziale Folgen fast ausgeschlossen werden.

DER BEITRAG DER FIRMA ANKER IM KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Wenn es einem Unternehmen schlecht geht, so muß es rationalisieren, auf daß es ihm dann wieder gut gehe. Und wenn wir nur Unternehmen haben, denen es gut geht, so gibt es keine wirtschaftlichen Probleme - so weit die Theorie. Konkret schaut das so aus. Die Firma Ankerbrot, die der Familie Schöllner gehört, hat seit einiger Zeit größere Schwierigkeiten. Daher - siehe den Anfang - rationalisiert sie: keine Neuaufnahmen, Abbau von Überstunden, Hinaufsetzung der Arbeitszeit von 37 auf 40 Stunden. Nachdem bereits 300 Arbeiter - oder, wie man das jetzt so nennt, "Mitarbeiter", "abgebaut" wurden, werden weitere 200 im kommenden Jahr "abgebaut". Wenn dann alles vollzogen ist, wird es vielleicht wieder Profite für die Firma Ankerbrot und für die Familie Schöllner geben.

Und gesamtwirtschaftlich - eben weniger Arbeitsplätze. Lösung von Wirtschaftsproblemen, wenn man das den Unternehmer allein überläßt.